

Alternative für Deutschland (AfD)

Gründung 2013, u.a. durch Prof. Dr. Bernd Lucke

Vorstandsteam: Frau Kepetry, Jörg Meuthen

Ausrichtung: national-konservativ, rechts(radikal), islamfeindlich, euroskeptisch

Wesentliche Punkte: Volksabstimmungen, Euro-Austritt, Ende der Energiewende, Ende der „Willkommenskultur“, Ende der EU, Förderung eines klassischen Familien- und Gesellschaftsbildes.

Regierungsbeteiligung: Keine

Die Eurokrise als der zentrale Gründungsimpuls der AfD nimmt in den "Politischen Leitlinien" der AfD aus dem Jahr 2014 breiten Raum ein; das ist auch im Grundsatzprogramm der Partei der Fall, das auf dem Bundesparteitag von Stuttgart am 1. Mai 2016 nach einem langen und die Basis einbeziehenden Willensbildungsprozess verabschiedet wurde. [...]

[...] Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung nehmen im Grundsatzprogramm breiten Raum ein und werden fast als eine Art Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit, die angebliche Übermacht der Parteien im Staat und die Auswüchse des Lobbyismus dargestellt.

[Es] ist unverkennbar, dass die Ereignisse des Jahres 2015 - der Exodus zumindest eines Teiles des wirtschaftsliberalen Flügels der Partei auf der einen und die mit dem Flüchtlingszustrom zusammenhängende Themenkonjunktur auf der anderen Seite - zu einer Verschiebung der programmatischen Schwerpunkte bei der AfD geführt haben. [...] Im Grundsatzprogramm von 2016 fordert die AfD nun, das Asylrecht im Grundgesetz durch eine institutionelle Garantie in Form eines Asylgesetzes zu ersetzen. Darüber hinaus wird gefordert, Anerkennungsverfahren nur noch in den Herkunftsregionen der Asylsuchenden durchzuführen; dafür sollen "Außenstellen des BAMF sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit" (S. 60) in den Ländern eröffnet werden, die bereit wären, den Betrieb solcher Einrichtungen zu ermöglichen.[...]

Insgesamt spiegelt das Grundsatzprogramm gegenüber den Politischen Leitlinien, eine deutliche Verschiebung des politischen Einflusses vom liberal-konservativen hin zum national-konservativen Parteiflügel wider. Die Alternative für Deutschland hat sich damit anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa, die inzwischen offen als politische Verbündete und Gesinnungsgenossen betrachtet werden, in ihren politischen Inhalten deutlich angenähert. Diese Tatsache kommt auch darin zum Ausdruck, dass der AfD-Abgeordnete im Europäischen Parlament, Marcus Pretzell, sich der im Sommer 2015 neu gegründeten Fraktion "Europa der Freiheit und der Nationen", der unter anderem die österreichische FPÖ, die niederländische PVV und der französische Front National angehören, angeschlossen hat. Auch hinsichtlich der Taktik, mit gezielten rhetorischen Tabubrüchen, das heißt rassistisch oder islamfeindlich gefärbten Äußerungen, die anschließend wieder mehr oder weniger klar dementiert werden, scheinen sich einige AfD-Politiker wie etwa der brandenburgische Landesvorsitzende Alexander Gauland immer öfter an den rechtspopulistischen Vorbildern anderer Länder zu orientieren.

Quelle: Oppelland, Torsten: Alternative für Deutschland. AfD, online unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/211108/afd>, zuletzt geprüft am 21.02.2017.

Programm der AfD online: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

Webseite der AfD: www.alternativefuer.de

Bündnis 90 – Die Grünen (Grüne)

Gründung: 1993 als Verbindung des Bündnis 90 (1991) und der Grünen (1980), Ursprung in der Anti-Atomkraft und Friedensbewegung und dem Kampf gegen die SED in der DDR

Vorstandsteam: Cem Özdemir und Simone Peter

Ausrichtung: Umweltschutz, Pro-Europäisch, linksliberal, Gleichberechtigung

Wesentliche Punkte: Multikulti, Vielfalt der Lebensformen, Stärkung der Umweltpolitik

Regierungsbeteiligung: 1998-2005 (unter Gerhard Schröder, Koalition mit der SPD), mehrere Landesregierungen

[...] Nach der Rückkehr in die Opposition [Nach der Bundestagswahl 2005] versuchten die Grünen ihren Markenkern weiter zu schärfen. Deutlicher als zuvor wurden nun die wirtschaftlichen Chancen einer ökologischen Modernisierungsstrategie herausgestellt, z.B. im 2008 vorgelegten Plan eines "New Green Deal". Ob die ökologischen Ziele mit dem Wachstumsdenken vereinbar sind, bleibt in der Partei umstritten. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung abrupt eingeleitete Energiewende konnten die Grünen einerseits als Bestätigung ihres Kurses auffassen, andererseits verschwand mit dem Atomausstieg ein wichtiges Mobilisierungsthema. Letzteres trug zu der wenig erfolgreichen Prioritätensetzung im Wahlprogramm 2013 bei, das den Hauptakzent auf die Sozial- und Steuerpolitik legte und mit [eindeutig] linken Positionen aufwartete. Das Scheitern dieses Kurses lässt erwarten, dass sich die Grünen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik künftig stärker in der Mitte positionieren.

Gesellschaftspolitisch besetzen die Grünen im Parteiensystem den linken Pol. Während sie als Verteidiger der klassischen Bürgerrechte mit der FDP (und zum Teil der SPD und der Linken) rivalisieren, bildeten sie beim Eintreten für die Gleichberechtigung benachteiligter Gruppen von Beginn an die Avantgarde. In den 1980er-Jahren standen dabei die Frauen im Vordergrund, später die sexuellen Minderheiten und Zuwanderer. Verdienste erwarb sich die Partei, indem sie die Geschlechterparität selbst konsequent umsetzte und den Wandel der Bundesrepublik zu einer "multikulturellen" Gesellschaft früh beim Namen nannte. Beim Thema Sexualität wurde sie dagegen durch die 2013 aufkommende Pädophilie-Debatte von den Irrtümern ihrer Vergangenheit eingeholt. Auf der internationalen Ebene kommt die Werteorientierung der Grünen darin zum Ausdruck, dass sie sich seit ihrer Abkehr vom Pazifismus heute unter allen deutschen Parteien am entschiedensten für die Menschenrechte einsetzen.

So wie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es in der Gesellschaftspolitik innerhalb der Partei Akzentunterschiede. Diese sind zuletzt im Zuge der Flüchtlingskrise zu Tage getreten, wo der am liberalen Öffnungskurs festhaltenden Parteimehrheit eine Minderheit gegenübersteht, die für mehr Realismus plädiert. Konflikte entzündeten sich hier zum einen an Maßnahmen der Zuwanderungsbegrenzung wie zum Beispiel die Ausweitung sicherer Herkunftsländer, zum anderen an Zielkonflikten der Integrationspolitik, die sich etwa mit Blick auf die Rechte von Frauen ergeben. Das letztgenannte Problem wird in den Reihen der Grünen insbesondere seit den massiven sexuellen Übergriffen am Silvesterabend 2016 in Köln diskutiert.

Quelle: Decker, Frank: Programmatik der Grünen, online verfügbar unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42154/programmatik>, zuletzt geprüft am 21.02.2017.

Programm der Grünen online:

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf

Webseite der Grünen: www.gruene.de

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Gründung 1945

Vorstand: Angela Merkel

Ausrichtung: Christdemokratisch, konservativ, pro-europäisch, wirtschaftsliberal

Wesentliche Punkte: Europäische Einigung, soziale Marktwirtschaft, Willkommenskultur (intern umstritten), gibt`s nur im Paket mit der CSU, die hier aber nicht extra auftaucht ^{^^}

Regierungsbeteiligung: 1949-1963 (Konrad Adenauer), 1963-1966 (Ludwig Erhard), 1966-1969 (Kurt Georg Kiesinger), 1982-1998 (Helmut Kohl), 2005-heute (Angela Merkel), mehrere Landesregierungen

Das aktuelle Grundsatzprogramm, das unter dem Titel "Freiheit und Sicherheit" 2007 verabschiedet wurde, schlägt an verschiedenen Stellen bewusst konservative Pflöcke ein (Festhalten am Ehegattensplitting, kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, Ausschluss eines EU-Beitritts der Türkei etc.). Dabei handelt es sich aber primär um Zugeständnisse an die Kritiker einer inzwischen weit fortgeschrittenen gesellschafts- und familienpolitischen Liberalisierung [...] Die CDU hat sich dadurch auch in kultureller Hinsicht in die Mitte der Gesellschaft und des Parteiensystems hineinbewegt.

[...]

Deutlicher ausgeprägt bleibt das eigene Profil in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wo die CDU dem Schuldenabbau klare Priorität einräumt. Steuererhöhungen werden in der derzeitigen Situation abgelehnt, um das Wachstum nicht zu gefährden. Im europäischen Rahmen plädieren die Christdemokraten trotz der damit verbundenen Härten für eine Fortsetzung des strikten Sparkurses in den Krisenländern. In der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik wenden sie sich gegen eine zu starke Regulierung der Unternehmen und waren deshalb nur widerstrebend bereit, der von der SPD verlangten Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Großen Koalition zuzustimmen.

Auch in der Innen- und Rechtspolitik bestehen erkennbare Unterschiede zur politischen Konkurrenz. So sieht die CDU bei der Kriminalitätsbekämpfung und Terrorismusabwehr weitere Überwachungsmaßnahmen (etwa die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung) als geboten und rechtlich vertretbar an. Die von der Wirtschaft gewünschten Investitionsschutzklauseln in den Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada hält sie für unbedenklich. Bei der Bewältigung der Fluchtbewegungen setzt die CDU nach anfänglicher Aufnahmebereitschaft inzwischen wieder mehr auf Abschreckung und darauf, die Einreise in die Europäische Union zu verhindern. Der Schaffung neuer legaler Zuwanderungsmöglichkeiten steht sie skeptisch gegenüber, um die Akzeptanz der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht zu überfordern. Eine doppelte Staatsbürgerschaft soll nur in Ausnahmefällen möglich sein.

Quelle: Decker, Franz: Die Programmatik der CDU, online unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42064/programmatik>, zuletzt geprüft am 21.02.2017.

Programm der CDU online: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918

Webseite der CDU: www.cdu.de

Die Linke

Gründung 2005 aus Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG, Abspaltung von der SPD 2005) und Die Linkspartei.PDS (1990 als Nachfolgerin der SED, der Partei der DDR)

Vorstand: Katja Kipping, Bernd Riexinger

Ausrichtung: Demokratischer Sozialismus, Antikapitalismus, Pazifismus

Wesentliche Punkte: Stärkung der Arbeiterrechte, stärkere Regulierung der Wirtschaft, Reform der EU, Austritt aus der NATO, friedliche Außenpolitik, Multikulti, keine Abschiebungen

Regierungsbeteiligung: mehrere Landesregierungen

Die ideologische Einordnung der Linken ist umstritten. Manche wissenschaftlichen und journalistischen Beobachter halten die Partei nach wie vor für extremistisch und werten ihr Bekenntnis zu Verfassung und Demokratie als primär instrumentell. Andere betonen, dass es der Linken vor allem um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehe, die kein zwingender Bestandteil des demokratischen Verfassungsstaates und parlamentarischen Systems sei. Die Unklarheit rührt aus der ideologischen Gemengelage der Partei selbst, in der gemäßigte und radikale Strömungen miteinander rivalisieren. [...]

Das aktuelle Grundsatzprogramm, das nach langem Ringen 2011 auf dem Erfurter Parteitag beschlossen wurde, spiegelt die seit der Fusion mit der West-Linken eingetretene Radikalisierung. In marxistischer Diktion wird die kapitalistische Ordnung nun erneut als "Ausbeutungssystem" angeprangert und für die "Krisen der Zivilisation" verantwortlich gemacht. Wirkliche Demokratie könne es nur unter sozialistischen Vorzeichen geben. Voraussetzung dafür sei die Überwindung der bestehenden Eigentumsverhältnisse und staatliche Steuerung der Wirtschaft. Daseinsvorsorge, gesellschaftliche Infrastruktur, Finanzinstitutionen und Energiewirtschaft gehörten in öffentliche Hand und müssten demokratisch kontrolliert werden. [...]

Ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal kann die Linke in der Außen- und Sicherheitspolitik für sich reklamieren, wo sie als "internationalistische Friedenspartei" konsequent für das Prinzip der Gewaltfreiheit eintritt. Militäreinsätze der Bundeswehr, selbst unter UN-Mandat, lehnt die Partei ab. Die Linke fordert den Austritt der Bundesrepublik aus dem militärischen Teil der NATO. [...] Das Verteidigungsbudget möchte die Partei in ein ziviles Hilfskorps für humanitäre Maßnahmen und Katastrophenschutz umwidmen. Auf internationaler Ebene mahnt sie eine Reform der UN-Institutionen und Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit an. [...]

Die Kritik der Linken am bestehenden demokratischen Verfassungsstaat findet in ihren vergangenheitspolitischen Positionen Niederschlag. Hier [...] vermeidet sie es jedoch, die DDR undifferenziert als "Unrechtsstaat" zu bezeichnen, und stellt sich bewusst in die sozialrevolutionäre Tradition Rosa Luxemburgs, für die Freiheit und Pluralismus nur innerhalb der sozialistischen Ordnung möglich waren. Kritiker sehen darin zugleich die Absicht, den Kommunismus moralisch zu entlasten, die durch den stark betonten Antifaschismus der Linken und ihre entschiedene Gegnerschaft zu den USA - als Vormacht des Kapitalismus - zusätzlich verstärkt werde. Ihre beschwichtigende Position der Partei im Ukraine-Konflikt ist vor diesem Hintergrund erklärbar.

Quelle: Decker, Franz: Die Programmatik der Linken, online verfügbar unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42133/programmatik> , zuletzt geprüft am 21.02.2017.

Programm der Linke online: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf

Webseite der Linke: www.die-linke.de

Freie demokratische Partei (FDP)

Gründung 1948 als Vereinigung mehrerer Parteien

Vorstand: Christian Lindner

Ausrichtung: Liberalismus in Gesellschaft und Wirtschaft

Wesentliche Punkte: soziale und freie Marktwirtschaft, „schlanker Staat“, Steuersenkungen, Förderung der Wirtschaft, freie Wahl der Lebensformen, Stärkung der Bürgerrechte, mehr Europa

Regierungsbeteiligung: 1949-1960 (mit der CDU), 1961-1965 (mit der CDU), 1969-1982 (mit der SPD), 2009-2013 (mit der CDU), mehrere Landesregierungen

Das aktuelle Grundsatzprogramm der FDP, "Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft" von 2012 zeigt die programmatische Kontinuität der Partei besonders deutlich. Denn schon das vorherige Grundsatzprogramm, die "Wiesbadener Grundsätze" von 1997, hatte sich im Titel auf die "liberale Bürgergesellschaft" bezogen. Der fixe Punkt des liberalen politischen Denkens, so heißt es im Vorwort des aktuellen Programms, sei "die Freiheit des Einzelnen". [...]

Aus dieser Orientierung am autonomen Individuum leiten sich eine Reihe von grundlegenden Prinzipien ab. So ist es im Verständnis der FDP die Aufgabe des Staates, die Bürger- und Beteiligungsrechte des Einzelnen zu schützen, ihm Chancen zu ermöglichen und ihn nicht zu bevormunden. Das bezieht sich auch auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Denn gerade unter dem Eindruck der Finanz- und Eurokrise betont die FDP, dass der Staat die Aufgabe habe, Märkten Regeln zu setzen - auch den Finanzmärkten. [...]

Darüber hinaus bekennt sich die FDP in dem Programm mit Nachdruck zu einer weiteren Vertiefung der Europäischen Union. Damit distanziert sich die FDP klar von Euro-kritischen Tendenzen sowohl in der eigenen Partei, in der 2011 ein Mitgliederentscheid über die Euro-Rettungspolitik solche Tendenzen mit knapper Mehrheit abgelehnt hatte, als auch in Konkurrenzparteien wie der AfD, die allerdings erst nach der Verabschiedung des aktuellen FDP-Programms gegründet wurde. [...]

Diese im aktuellen Grundsatzprogramm zu Tage tretende Anpassung der Prinzipien an derzeitige politische Problemlagen prägen die FDP im Kern seit ihrer Gründung. Eigentlich gibt es nur einen programmatischen "Ausreißer", die Freiburger Thesen von 1971. Darin war von einer jungen Garde in der Partei unter der Führung des damaligen Generalsekretärs Karl-Hermann Flach der Versuch gemacht worden, die FDP als gesellschaftspolitisch fortschrittliche Kraft an der Seite und im Bündnis mit der SPD zu positionieren. In der praktischen Politik, die gerade in der sozialliberalen Koalition von der Korrektivfunktion geprägt war, erlangte dieses Programm nur wenig Bedeutung. Schon 1977 wurden die Freiburger durch die Kieler Thesen abgelöst, in denen der wirtschaftsliberale Flügel sich weitgehend durchgesetzt hatte. [...]

Quelle: Oppelland, Torsten: Freie demokratische Partei FDP, online unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42106/fdp>, zuletzt geprüft am 21.02.2017

Programm der FDP online:

<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/01/28/karlsruherfreiheitsthesen.pdf>

Webseite der FDP: www.fdp.de

Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD

Gründung 1875 als Vereinigung von Allgemeinem deutschen Arbeiterverein (ADAV 1863) und Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (SDAP 1869)

Vorstand: Sigmar Gabriel (21.03.2017), Martin Schulz

Ausrichtung: sozialdemokratisch, progressiv (Gegenteil von konservativ), pro-europäisch

Wesentliche Punkte: Rechte der Arbeiter, soziale Marktwirtschaft, pro-europäisch

Regierungsbeteiligung: 1966-1969 (mit der CDU), 1969-1974 (Willy Brandt), 1974-1982 (Helmut Schmidt), 1998-2005 (Gerhard Schröder), 2005-2009 (mit der CDU), 2013-heute (mit der CDU), mehrere Landesregierungen

Um den Kritikern der Agenda-Politik [gemeint ist die Agenda 2010, die vor allem mit Hartz IV bekannt wurde] entgegenzukommen, wurden die modernisierenden Elemente des ursprünglichen Programmentwurfs in der Schlussfassung abgeschwächt. Als symbolträchtiges Zugeständnis an die Parteilinke ist der Begriff des "demokratischen Sozialismus" erhalten geblieben, über den es im Vorfeld lange Diskussionen gegeben hatte. [...] übernommen wurden [...] die bereits im Godesberger Programm eingeführten Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die für die Sozialdemokratie gleichrangig sind und eine Einheit bilden. Ihnen nachgeordnet werden als weitere Prinzipien der [Vorrang] der Politik vor der Ökonomie und die Nachhaltigkeit.

Eine wesentliche Neuerung des Hamburger Programms liegt in der konsequenten Ausrichtung der Grundwerte auf die veränderten politischen Bedingungen der globalisierten Welt. [...] Als Kernbotschaft und wichtigste Antwort auf die Globalisierung gilt der SPD dabei das Eintreten für ein "soziales Europa".

Nach der Rückkehr in die Opposition 2009 versuchte die SPD verloren gegangenen Kredit zurückzugewinnen, indem sie Fragen der sozialen Gerechtigkeit wieder stärker in den Vordergrund rückte [,] die in der Großen Koalition gegen die Union allerdings nicht durchsetzbar waren. Inzwischen hat sie sich auch die Forderung nach einem Abbau der sogenannten kalten Progression zu eigen gemacht, von dem vor allem mittlere Einkommensbezieher profitieren würden.

In der Europa- und Außenpolitik, die durch die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre die innenpolitische Agenda stark dominieren, findet die SPD wenige Möglichkeiten, sich inhaltlich von der Union abzusetzen. [...]

Größere Unterschiede zur Union bestehen in der Gesellschaftspolitik, wo die SPD unter anderem für die völlige Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und die Besserstellung von Alleinerziehenden eintritt. In der Umweltpolitik kann sie ihre ministerielle Zuständigkeit für die Energiewende nutzen, um sich als Vorkämpferin des Klimaschutzes zu empfehlen. [...]

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik verfolgt die SPD einen Mittelweg zwischen humanitär gebotener Öffnung und Lastenbegrenzung der aufnehmenden Gesellschaft, indem sie einerseits für konsequente Integrationsmaßnahmen und eine Beibehaltung des individuellen Asylanspruchs eintritt, andererseits aber auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen insbesondere der sozial schwächeren einheimischen Bevölkerung anstrebt. Um mehr legale Migrationsmöglichkeiten zu schaffen, möchte sie das bestehende Einwanderungsrecht modernisieren.

Quelle: Decker, Frank: Die Programmatik der SPD, online unter:

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42085/programmatik>, zuletzt geprüft am 21.02.2017

Programm der SPD online:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf

Webseite der SPD: www.spd.de